

## Zürich

## Rektorin verliert Machtkampf

Der Regierungsrat hat Josefa Haas, die Leiterin der kantonalen Weiterbildungsschule EB Zürich, abgesetzt. Hintergrund ist ein Streit mit der Lehrerschaft, die erfolgreich für alte Privilegien kämpft.

Daniel Schneeblei

Zürich - Im November 2012 hat Josefa Haas als Rektorin der EB Zürich begonnen. Doch ihre Amtsdauer war kurz, denn inzwischen hat sie der Regierungsrat bereits wieder abgesetzt, wie die NZZ gestern publik machte. Was die Kantonsregierung zu dieser äusserst ungewöhnlichen Massnahme veranlasste, wird offiziell nicht gesagt. Regierungssprecherin Susanne Sorg wollte aus Rücksicht auf «laufende Verhandlungen» nicht einmal bestätigen, dass es überhaupt zur Absetzung gekommen ist. Allerdings dementierte sie es auch nicht. Gleiches gilt für den grünen Nationalrat Daniel Vischer, der die Schulkommision der EB Zürich präsidiert. Und Josefa Haas, eine ehemalige «Tages-Anzeiger»-Journalistin, teilte gestern mit, sie könne und wolle derzeit auch keinen Kommentar abgeben.

Grund für die Verschwiegenheit aller Akteure ist eine arbeitsrechtliche Auseinandersetzung zwischen dem Kanton und der Rektorin, bei der es um die Bedingungen geht, unter denen das Arbeitsverhältnis aufgelöst werden kann. Scheitern die Verhandlungen, endet der Fall wohl vor dem Verwaltungsgericht.

Gemäss gut unterrichteten Kreisen schwelt an der EB Zürich seit längerem ein Machtkampf zwischen der Lehrerschaft und Josefa Haas, bei dem es um die Mitspracherechte des Personals geht. Unter dem Vorgänger von Haas, dem langjährigen Rektor Hans-Peter Hauser, hat sich die Lehrerschaft sehr weitreichende Rechte erkämpft. Unter anderem konnte der Schulkonvent bei der Einstellung von Bereichs- und Schulleitern mitreden.

#### Eine Alleinherrscherin?

Dies wollte Haas ändern, deren Wahl 2012 auch von einer klaren Mehrheit der rund 400 Lehrerinnen und Lehrern unterstützt worden war. Sie präsentierte eine neue Schulordnung, die unter anderem eine Beschneidung der Mitspracherechte vorsah. Im Konvent wurde der Vorschlag mit 6:1 Stimmen verworfen, und im November 2013 dop-



Interne Machtkämpfe und private Konkurrenz verunsichern die Lehrerschaft der EB Zürich in Riesbach. Foto: Dominique Meienberg



Josefa Haas.

die er sinngemäss als Alleinherrscherin diskreditierte.

Josefa Haas erhielt zwar Unterstützung anderer Berufsschulrektoren, die sich beim LKB über Hermann beschwerten. Doch Haas verlor den Rückhalt an

pelte Frank Hermann, Lehrer an der EB Zürich, an der Vollversammlung des Verbandes der Zürcher Berufsschullehrer (LKB) nach. Vor 1000 Lehrpersonen wettete er gegen Josefa Haas, die er sinngemäss als Alleinherrscherin diskreditierte.

ihre Schule immer mehr, wie Insider bestätigen. Sie stiess auch auf unüberwindbaren Widerstand in ihrer Informatik-Abteilung, als sie dort mehr Transparenz bei den Anschaffungen von neuer Hard- und Software verlangte.

Schwierig war aber nicht nur die Situation für Haas, sondern auch für die ganze Schule. Denn mit dem neuen Weiterbildungsgesetz wurde ihr Leistungsauftrag infrage gestellt. Unter Rektor Hauser hatte die EB Zürich im Weiterbildungsbereich fast eine Monopolstellung. Heute muss sie sich privater Konkurrenz stellen, die ihren Lehrpersonen deutlich tiefere Löhne zahlt. Dies hat die Lehrer an der EB Zürich zusätzlich verunsichert.

Besonders schwierig wurde es für Haas im letzten Frühling, als ausgerechnet Protestredner Frank Hermann zum neuen Präsidenten des Schulkonvents gewählt wurde. Kurz vor den Frühlingsferien 2014 eskalierte eine Sitzung, als dem Konvent nur ein einziger externer Kandidat für eine Schulleitungsstelle präsentiert wurde. Der Konvent hatte einen internen Favoriten gehabt.

Im Mai 2014 wurde Rektorin Josefa Haas krankgeschrieben. Der externe Kandidat der Schulleitung wurde zwar eingesetzt, doch Haas kehrte nicht mehr an ihre Schule zurück. Derzeit wird die EB Zürich interimistisch von Prorektor Hugo Lingg geführt.

## Kesb-Notfalldienst wird geprüft

Zürich - Der Regierungsrat befürwortet die gesetzliche Verankerung eines Notfalldienstes für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (Kesb). Er ist damit gleicher Meinung wie ein grosser Teil des Kantonsrates, der vor vier Wochen einen entsprechenden Vorstoss für dringlich erklärte. Der Regierungsrat ist bereit, die Einführung des Notfalldienstes zu prüfen, wie es in der Antwort auf das dringliche Postulat von Grünen und CSP heisst. Die Regierung betont, dass sie einen Notfalldienst bereits bei der Einführung der Kesb im Jahr 2012 beantragt hatte. Die bürgerliche Mehrheit wollte die Kesb damals aber nicht weiter aufblähen und dieses Angebot nicht im Gesetz verankern.

Dass es jetzt trotzdem einen Notfalldienst geben soll, ist eine Folge des zweifachen Tötungsdelikts vom Neu-

jahrstag in Flaach. Eine 27-jährige Frau brachte ihre beiden Kinder um, vermutlich weil sie diese nicht zurück ins Heim bringen wollte. Die Kesb hatte die vorübergehende Unterbringung in einem Heim angeordnet, weil sie die Familiensituation als instabil erachtete. Ob das Tötungsdelikt hätte verhindert werden können, wenn die Kesb über die Feiertage gut erreichbar gewesen wäre, ist noch nicht geklärt. Nach wie vor gegen die gesetzliche Verankerung eines Pikettendienstes ist die SVP. Von einer professionellen Behörde sei zu erwarten, dass sie einen Pikettendienst selber organisiere, und zwar «ohne neue Gesetze, neue Staatsgelder und neues Personal». Die Erreichbarkeit sei auch nicht das Problem, sondern die Betreuung nach angeordneten Massnahmen. (SDA)

## Regierungsrat mit Nagra unzufrieden

Zürich - Der Regierungsrat kritisiert den Nagra-Entscheid. Er halte es für «verfrüht», zum jetzigen Zeitpunkt nur noch zwei mögliche Standorte - Zürich-Nordost (Weinland) und Jura-Ost - für die geologischen Tiefenlager zu überprüfen, schreibt die Regierung in einer Antwort zu einer Anfrage der FDP. Die Kantone hätten die Nagra wiederholt aufgefordert, alle möglichen Standortgebiete vergleichbar, transparent und nachvollziehbar zu untersuchen und zu bewerten. Der Regierungsrat lässt nun den Nagra-Bericht von der kantonalen Expertengruppe Sicherheit überprüfen und will wissen, ob die frühe Eingrenzung auf zwei Standorte gerechtfertigt ist. Ein Resultat ist in der zweiten Jahreshälfte zu erwarten. (pat)

## Stadtrat will eine Kader-Frauenquote

Zürich - Die Stadt Zürich hat Mühe, die höheren Kaderpositionen mit Frauen zu besetzen. Sie erreicht die Ziele des Gemeinderats noch nicht. Das Parlament hatte im April 2013 eine Motion von SP und GLP überwiesen, die fordert, dass Frauen mit mindestens 35 Prozent in Kaderpositionen der städtischen Verwaltung vertreten sein sollen. Trotz Bemühungen sei es bisher nicht gelungen, die Positionen geschlechterausgewogen zu besetzen. Deshalb will der Stadtrat «eine verbindliche, qualifikationsabhängige Zielgrösse von 35 Prozent», wie er in einem Bericht schreibt. Diese Zielvorgabe sei keine Quote und benötige daher keine gesetzliche Grundlage, zu welcher sich die Stimmbürger und der Gemeinderat äussern müssten. (pat)

### Die Ecke

## Trüffel fürs Volk

Wenn das nicht Perlen vor die Säue geworfen sind: Neuerdings können Trüffel landwirtschaftlich angebaut werden, und jeder kann in seinem Garten mit etwas Geduld und Glück eigene Trüffel ernten. Damit sehen sich die oberen Zehntausend nach dem Migros-Golfplatz und dem Pelzmantel-Bashing erneut eines ihrer Statussymbole beraubt. Jetzt wartet das einfache Volk, bis Coop Rolex-Uhren auf den Markt bringt. (net)

### Nachrichten

#### Kinderbetreuung Regierungsrat gegen kantonalen Betreuungsfonds

Zürich - Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die Volksinitiative Bezahlbare Kinderbetreuung für alle ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Es gelte die Regelung, dass die Gemeinden für ein bedarfsgerechtes Angebot an familienergänzender Betreuung sorgen müssten. Dies habe sich bewährt, teilt der Regierungsrat mit. Zusätzliche Massnahmen, um das bestehende Angebot an Betreuungsplätzen zu erweitern, seien nicht notwendig. (slm)

#### Öffentliche Bildung Musikschulgesetz an den Kantonsrat weitergeleitet

Zürich - Der Regierungsrat hat den Entwurf zum Musikschulgesetz verabschiedet und an den Kantonsrat weitergeleitet. Mit dem neuen Gesetz soll die musikalische Bildung innerhalb der öffentlichen Bildung verankert werden. Im Gesetz wird die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen der Musikbildung gefördert. Ausserdem werden die Musikschulen anerkannt und Vorgaben für das Mindestangebot festgelegt. (slm)

#### Internetfahndung Suche nach zwei mutmasslichen Räufern

Baden AG - Die Kantonspolizei Aargau veröffentlicht auf ihrer Website ein Bild von zwei Männern, die von einer Überwachungskamera in Baden aufgenommen wurden. Die Männer sollen Ende Januar eine Frau mit einem Messer bedroht und beraubt haben. Hinweise werden unter 056 200 1111 entgegengenommen. (hoh)

#### Einbruchversuch Verhaftete Schweizer Teenager sind geständig

Wetzikon - Die Kantonspolizei hat am Mittwoch zwei Jugendliche verhaftet, die zuvor versucht hatten, in ein Geschäft einzubrechen. Die Polizei war von einem Anwohner alarmiert worden. Die 13 und 14 Jahre alten Jugendlichen trugen Einbruchswerkzeug sowie zwei gestohlene Ladenschlüssel bei sich. Die Schweizer sind geständig. (hoh)

### Korrekt

**Kilowattstunde**  
Im gestrigen Artikel «Die 330-Watt-Person» wurde in der Grafik eine falsche Abkürzung für die Einheit Kilowattstunde verwendet. Anstelle von «kW/h» hätte es «kWh» heissen müssen. Wir bitten um Entschuldigung. (pat)

Anzeige



  
CONFISERIE SPRÜNGLI  
Tradition seit 1836

WIR MACHEN JEDEN TAG  
VIELE DAVON.  
ABER JEDES EINZELN.

Unsere legendären Luxemburgerli®  
finden Sie in unseren Verkaufsgeschäften  
oder auf [www.spruengli.ch/shop](http://www.spruengli.ch/shop).

*Sprüngli*

